

«Eine geschlechtergerechte Welt ist billiger»

Autor(en): Sybille Roter
Quelle: Basler Stadtbuch
Jahr: 2002

<https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/stadtbuch/0d9d0cf8-8364-4e3d-9cc7-49766b7da2bc>

Nutzungsbedingungen

Die Online-Plattform www.baslerstadtbuch.ch ist ein Angebot der Christoph Merian Stiftung. Die auf dieser Plattform veröffentlichten Dokumente stehen für nichtkommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung gratis zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrücke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des vorherigen schriftlichen Einverständnisses der Christoph Merian Stiftung.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Online-Plattform [baslerstadtbuch.ch](http://www.baslerstadtbuch.ch) ist ein Service public der Christoph Merian Stiftung.

<http://www.cms-basel.ch>

<https://www.baslerstadtbuch.ch>

«Eine geschlechtergerechte Welt ist billiger.»

Sybille Roter

Gespräch mit den Leiterinnen des Gleichstellungsbüros Ingrid Rusterholtz und Leila Straumann

Vor zehn Jahren wurde das Gleichstellungsbüro des Kantons Basel-Stadt eröffnet. Der Auftrag von damals ist auch heute aktuell: die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern in allen Lebensbereichen voranbringen. Mit neuen Strategien will nun das Gleichstellungsbüro, die «kleine Abteilung mit der grossen Wirkung», in der gesamten kantonalen Verwaltung neue Akzente setzen beim Verhältnis der Geschlechter.

Sybille Roter: Frau Rusterholtz, Sie haben vor zehn Jahren das Gleichstellungsbüro mitbegründet. Was hat sich seitdem im Verhältnis zwischen Männern und Frauen in Basel verändert?

Ingrid Rusterholtz: Der Kreis engagierter Frauen ist grösser geworden. Auch haben Frauen und Mädchen heute ein stärkeres Empfinden für Ungleichheit und für ihre Rechte. Vor zehn Jahren begegnete man dem Engagement für die Gleichstellung mit viel mehr Skepsis. Heute wirkt die Auseinandersetzung modern – bei Frauen und Männern. Natürlich existieren immer noch Vorbehalte, aber die Fragestellungen haben an Akzeptanz gewonnen.

Regierungsrat Hans Martin Tschudi hat zum zehnjährigen Jubiläum Ihre kleine Abteilung mit der grossen Wirkung

gelobt. Das Gleichstellungsbüro verfügt über 320 Stellenprozent – soll die Chancengleichheit doch nicht allzu schnell vorankommen?

I. R.: Es ist ganz klar, dass unsere Abteilung nach der politischen Gewichtung der Gleichstellungsfrage ausgestattet ist, nicht nach dem Bedarf im Alltag.

Leila Straumann: Ich frage mich, ob sich die Verantwortlichen über die Bedeutung der tatsächlichen Gleichstellung im Klaren sind. Ob sie wissen, wie viel es kostet, wenn wir mit Ungleichheit und Diskriminierung leben, wenn Menschen nicht ihr volles Potenzial entwickeln können. Verbal sind alle für die Gleichstellung, aber kosten darf sie wenig. An die Folgekosten denkt dagegen kaum jemand.

I. R.: Diese Dimension wird völlig unterschätzt. Mit der männlichen Dominanz in unserer Gesellschaft

sind auch die damit verbundenen Werte sehr viel präsenter. Das sind nicht biologische Werte, sondern gesellschaftliche Zuschreibungen. Dagegen sind die Werte, die an die Frauen geknüpft wurden, aus dem öffentlichen Raum verdrängt worden. Es geht nicht nur um mehr Ausgewogenheit zwischen bezahlter und unbezahlter Arbeit, entscheidend ist auch die Balance der Werte, die mit den Geschlechtern verbunden sind. Wenn die so genannten weiblichen Werte in der Gestaltung unserer Zukunft mehr Gewicht erhalten, haben wir tatsächlich eine menschlichere Welt.

Die Erwerbswelt verlangt heute absoluten Einsatz und Verfügbarkeit. Die Wirtschaft macht keine Konzessionen an die Familie. Bleibt es trotz neuer Arbeitszeitmodelle und Kinderbetreuungsplätze eine Illusion, dass Frauen in qualifizierten Jobs arbeiten können?

I. R.: Die aktuellen Entwicklungen gehen zulasten der Frauen. Es ist kein Zukunftsmodell, wenn die Wirtschaft Kinder lediglich als Organisationsfrage begreift.

Die Ökonomin und Expertin zu bezahlter/unbezahlter Arbeit Mascha Madörin prognostiziert entsprechend noch viele Krisen, ehe wir zu einer nachhaltigen Care-Ökonomie wechseln, in die auch die Pflege von alten Menschen oder das Aufziehen von Kindern einbezogen ist.

L. S.: Ich denke, wir müssen uns entscheiden, wie wir die Gesellschaft, den Alltag in der Erwerbswelt und im Privatbereich gestalten wollen. Manchmal habe ich das Gefühl, wir schlittern in eine Situation und schieben alles auf die globalisierte Wirtschaft. Aber wir müssen uns überlegen, ob wir Männer und Frauen wollen, die sich vorwiegend in der Berufswelt engagieren. Oder ob wir unsere Gesellschaft derart gestalten, dass auch andere Lebensbereiche Platz haben.

Die Wirtschaft muss neue Arbeitszeitmodelle anbieten, der Staat bessere Rahmenbedingungen schaffen. Doch auch wir Arbeitnehmenden stehen in der Verantwortung, mit Forderungen nach einer besseren Kinderbetreuung, flexiblen Arbeitszeitmodellen, Lohngleichheit oder der Teilung von Kinderstellen unsere Zukunft mitzugestalten.

In wirtschaftlich schwierigeren Zeiten wird die Gleichstellung von Frauen und Männern wieder um Jahre zurückgeworfen. Was können die betroffenen Frauen ändern?

L. S.: Frauen müssen lernen, noch mehr einzufordern. Als ich vor zehn Jahren an der Universität zur Stellung der Frauen im schweizerischen Arbeitsmarkt forschte, herrschte noch Aufbruchstimmung und Euphorie. Es war klar, dass Frauen gute Führungskräfte sind und zusätzliche Werte einbringen und dass ihr Wissen dringend benötigt wird, da es nicht genügend qualifizierte männliche Arbeitskräfte gibt. Dann kam die Rezession – und Gleichstellungsbeauftragte verschiedener Firmen verloren ihre Mandate oder Projekte landeten in der Schublade. In Zeiten der Rezession verlieren nicht nur mehr Frauen ihre Stellen, sie tauchen auch in keiner Erwerbslosenstatistik auf, denn viele ziehen sich in den Privatbereich zurück.

I. R.: Es ist wichtiger denn je, ökonomisch zu argumentieren. Bis jetzt herrscht die Vorstellung, Ver-

änderungen bei Wirtschaft und Staat seien im Zuge der Gleichberechtigung eine Art Entgegenkommen an die Frauen. Der gesellschaftliche Gewinn durch Gleichstellung – auch der ökonomische – wird noch weitgehend verkannt. Bis jetzt ist es Aufgabe der Frauen, diesen Nutzen mittels Studien zu belegen.

Wie sieht es mit Ihren Gestaltungsmöglichkeiten aus – müssen Sie lange warten, ehe Ihre Ideen, Empfehlungen und Konzepte umgesetzt werden?

I. R.: Unsere Arbeit ist gefragt, weil sich in den letzten Jahren gezeigt hat, dass sie zur Qualitätssteigerung beiträgt. Die Hürden sind finanzieller Art ... Unser grösster Einflussbereich liegt in der öffentlichen Verwaltung. In der Privatwirtschaft sind unsere Möglichkeiten, Einfluss zu nehmen oder zu intervenieren, gering. Wir können lediglich Empfehlungen geben. Deshalb initiierte unser Büro die «Alliance Egalité», das regionale Netzwerk von Gleichstellungsbeauftragten aus Firmen und Verwaltung – wir brauchen überall Verbündete.

Mit unseren Ressourcen können wir aber nur Themen angehen, die halbwegs realisierbar sind. Vieles können wir nicht einmal berühren: Stichworte sind Frauenhandel, Pornografie oder die Frauenbilder im Internet. Wir arbeiten Schritt für Schritt an der Gleichwertigkeit der Geschlechter, während die Verfügungsgewalt über Frauen und ihren Körper per Mausclick in die Köpfe einziehen kann. Hier kommen sicher noch Rückschritte auf uns zu.

L. S.: Mit Frauenhandel wird weltweit mehr verdient als mit Drogenhandel, das sind Milliarden-geschäfte. Wir müssen uns beschränken und Schwerpunkte festlegen. Es ist unmöglich, die Chancengleichheit in allen Bereichen voranzubringen.

In den nächsten Jahren arbeiten Sie an einem grossen Projekt: Sie wollen das Prinzip des «Gender Mainstreaming» in die kantonale Verwaltung integrieren. Was bedeutet diese geschlechterbewusstere Verwaltung?

L. S.: Gender Mainstreaming ist eine Strategie und eine Vorgehensweise. Anlässlich der letzten Welt-

frauenkonferenz wurde diese zukunftsweisende Stossrichtung beschlossen, um die Chancengleichheit besser zu verankern. Konkret soll nicht mehr eine einzelne Stelle, wie hier das Gleichstellungsbüro, für dieses Thema alleine verantwortlich sein. Alle Verantwortlichen in der Verwaltung sollen künftig die Gleichstellungsperspektive in ihrer Arbeit berücksichtigen. Das Ziel ist eine Verwaltung, die sich bewusst ist, dass Frauen und Männer unterschiedliche Leistungen vom Staat beziehen, dass sie oft verschiedene Bedürfnisse haben und dass durch das staatliche Handeln die tatsächliche Gleichstellung gefördert werden muss.

Weiter wollen Sie Gender Mainstreaming mit New Public Management verbinden und das Verwaltungsbudget nach Geschlecht aufschlüsseln. Was bedeutet das konkret?

I. R.: Beim New Public Management (NPM) steht die Kundschaftsorientierung im Vordergrund. Bis jetzt wurde nicht überlegt, inwieweit es Unterschiede zwischen männlichen und weiblichen Bedürfnissen und Interessen gibt. Wir wollen diese differenzierte Betrachtungsweise etablieren. Den NPM-Projektplanern hat unser Beispiel der Trambenutzung mit Kinderwagen sofort eingeleuchtet: Vor nicht allzu langer Zeit war das noch eine knifflige Sache, die Türen waren zu eng, die Stufen zu hoch. Bis heute wird überwiegend aus der Optik junger, gesunder, berufstätiger Männer geplant – dabei werden andere Lebensrealitäten schon mal übersehen. Wir möchten die Kundinnenorientierung nicht dem Zufall überlassen, deshalb wollen wir die Verankerung der Geschlechterperspektive voranbringen.

L. S.: Gerade wenn der Staat sparen soll, müssen die Verantwortlichen anhand der Datengrundlagen die Wirkung der Staatsausgaben besser steuern können. Letztlich geht es darum, ein Analyseinstrument zu finden, welches die staatliche Rechnung aufsplittet, um Informationen zu erhalten, wie sich die staatlichen Gelder auf die Geschlechter verteilen. Wir wissen beispielsweise nicht, wie viel Männer und Frauen von den Geldern profitieren, die in die Sportförderung fliessen.

Männer oder Frauen – wer bekommt mehr?

I. R.: Es werden mehr Mittel für die Bedürfnisse der Männer investiert. Diese Alltagsvermutung lässt sich anhand solcher Untersuchungen nachweisen.

L. S.: Es hört sich zwar einfach an, die Zahlen auf Männer oder Frauen verschiedener Altersgruppen zu verteilen, doch diese Zahlen sind erst aussagekräftig, wenn sie interpretiert werden. So fällt beispielsweise auf, dass ältere Frauen mehr Leistungen beanspruchen als ältere Männer. Die Gründe hierfür sind, dass Männer früher sterben und im Krankheitsfall von ihren Frauen betreut werden. Wenn hingegen Frauen im Alter krank werden, müssen sie meist externe Pflege in Anspruch nehmen. Armut im Alter betrifft Frauen ebenfalls häufiger, dadurch sind sie auf Unterstützung angewiesen. Weiter wollen wir untersuchen, inwieweit Leistungen an Privatpersonen delegiert werden, sobald sie vom Staat gekürzt werden. Wird beispielsweise der Aufenthalt im Spital kürzer, müssen die Leute zu Hause betreut werden – meistens von Frauen. Unbezahlte Arbeit bedeutet ungleiche Chancen. Ausserdem wollen wir analysieren, welche Stellen in Sparperioden abgebaut werden. Wir vermuten, dass vorwiegend Arbeitsplätze in weiblichen Domänen gekürzt werden.

Erwarten Sie ein gesellschaftliches Umdenken aufgrund der aufgeschlüsselten Zahlen?

I. R.: Sie sind ein wichtiger Baustein, da wir in einer ökonomisierten Welt leben. Wir können die Beispiele fortsetzen und fragen, wie viel Geld wird in die Justiz gesteckt, wie viel kosten die Gefängnisse, in denen meist Männer einsitzen. Wer diese Fragen zu Ende denkt, realisiert vielleicht, dass es billiger käme, eine geschlechtergerechte Gesellschaft anzustreben.

Wie würden Sie die Schweiz und Basel bezüglich der Gleichstellung einordnen?

I. R.: Das kommt auf die Themen an. Einerseits hat die Schweiz aufgrund des grossen Wohlstandes lange einem antiquierten Familienbild nachgelebt. Rollenfixierungen blieben bestehen, die anderswo

längst als realitätsfern erkannt wurden. Beispielsweise gehören wir bei der Kinderbetreuung im internationalen Vergleich zu den Schlusslichtern. Dagegen werden neue Erkenntnisse in der kleinteiligen Schweiz oft schneller umgesetzt. Ich denke hier an den Schulbereich oder den Sprachgebrauch. Früher haben wir die theoretische Literatur aus Deutschland regelrecht verschlungen. Aber punkto konkreter Umsetzung im Alltag können wir in der Schweiz durchaus mithalten. Das gilt zumindest für die erwähnten Bereiche in Basel. L. S.: In Basel gibt es nach wie vor eine interessierte Frauenbasis, viele engagierte Politikerinnen und eine wachsende Zahl gender-sensibler Fachstellen. Das hilft den Prozess der Gleichstellung voranzutreiben. Deshalb sind wir in Basel für Schweizer Verhältnisse oft einen Schritt voraus und machen Pionierinnenarbeit, wie etwa mit der Verknüpfung von New Public Management und Gender Mainstreaming. Das ist einmalig – in der Schweiz und in Europa wurde diese Strategie bislang noch nicht versucht.

*Wie sind Ihre Prognosen für die Zukunft?
Werden Sie die tatsächliche Gleichstellung von
Frauen und Männern noch während ihrer
Berufstätigkeit erleben?*

L. S.: Nein, auch wenn ich bis zur Pensionierung hier arbeiten sollte, werde ich das nicht erleben.

Warum ist das Umdenken so schwierig?

L. S.: Es bedeutet einen tief greifenden Wandel in unserem Leben, der alle Bereiche betrifft, unsere Einstellungen beeinflusst, unser Wissen in Frage stellt. Zudem existiert das Ungleichgewicht der Geschlechter seit ein paar tausend Jahren. Dennoch sehen wir viele positive Zeichen.

I. R.: Es gibt ja Restkulturen mit ausgewogeneren Geschlechterverhältnissen; sie sind sehr bedroht. Die patriarchalen Kulturen sind Durchsetzungsmodelle. Doch der Mensch ist lernfähig. Wenn wir schauen, was sich seit dem Aufbruch der Frauen vor dreissig Jahren alles getan hat – in Gesellschaft und Forschung, im Alltag und auch auf rechtlicher Ebene –, so ist das immens.

L. S.: Bis die Erkenntnisse vom gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Nutzen der angeblich «weiblichen» Werte verankert sind, dauert es noch, besonders in den Zentren der Macht. Wir arbeiten daran – und es werden immer mehr.